

**Stefan Feldmann**

Präsident SP Kanton Zürich

## **1. Mai-Rede Uster 2011**

Liebe Kolleginnen und Kollegen  
Liebe Genossinnen und Genossen  
Liebe Freundinnen und Freunde

Ich freue mich, hier heute an diesem 1. Mai ein paar Worte an Euch zu richten. Ich würde mich an jedem 1. Mai darüber freuen, an diesem 1. Mai aber ganz besonders. Denn dieser 1. Mai ist ein ganz besonderer 1. Mai. Heute jährt sich nämlich, jenes Ereignis, welches den 1. Mai überhaupt erst zum Internationalen Tag der Arbeit gemacht hat, zum 125sten Mal. Und bevor ich auf die aktuelle Politik zu sprechen komme, ist es, so denke ich, angebracht, kurz an diese Ereignisse, dem wir unseren Feiertag verdanken zu erinnern: den Haymarktes Riots in Chicago.

Anfang 1886 rief die Dachorganisation der damals noch jungen amerikanischen Gewerkschaften zur Durchsetzung des Achtsturentages zum Generalstreik am 1. Mai auf. Der Streik wurde im ganzen Land unterschiedlich gut befolgt, die Aufmerksamkeit richtete sich aber schnell auf eine Fabrik in Chicago, welche landwirtschaftliches Gerät herstellte. Dort mussten die Arbeiter 12 Stunden am Tag schuften und erhielten dafür gerade mal 3 Dollar. Schlicht zuwenig um zu leben: Für 3 Dollar erhielt man damals in einem Restaurant nur ein ziemlich karges Essen, damit eine Familie zu unterhalten – schlicht und einfach undenkbar.

Die Arbeiter der Fabrik traten geschlossen in den Streik und am 1. Mai kam es auf dem Haymarket in Chicago zu einer grossen Massendemonstration, wo August Spies, der aus Deutschland stammende Herausgeber der «Arbeiter-Zeitung», eine flammende Rede hielt. Der Streik wurde auch in den nächsten Tagen fortgeführt, wobei es am 3. Mai zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen den Streikenden und der Polizei kam, bei der zwei Demonstranten ums Leben kamen. Am 4. Mai stürmten dann Polizisten eine weitere Protestversammlung, dabei war ein Unbekannter eine Bombe: Sieben Polizisten starben dabei, bei der anschliessenden Schiesserei durch die Polizei starben rund 20 Arbeiter, 200 Arbeiter wurden verletzt. Acht Streikführer wurden verhaftet, vier von ihnen darunter auch August Spies ein Jahr später hingerichtet. 25'000 Personen nahmen an der Beerdigung der vier Arbeiterführer teil – es war bis dato die grösste politische Manifestation auf amerikansichem Boden.

In Erinnerung an diesen Streik und den darauffolgenden Politmord wurde dann 1889 am Gründungskongress der Zweiten Internationalen der 1. Mai zum Kampftag der Arbeiterbewegung ausgerufen. Und das ist er bis heute geblieben.

Seit 1886 hat sich natürlich viel getan, einiges hat sich aus der Sicht der Arbeitenden zum Besseren gewendet: Heute gibt es dank dem gemeinsamen Kampf der Arbeiterbewegungen Gesamtarbeitsverträge, Arbeitsschutzbestimmen oder Sozialversicherungen. All dieser Fortschritt musste aber hart erkämpft werden und der Kampf geht heute immer noch weiter. Denn etwas hat sich im Vergleich zu 1886

bis heute leider nicht geändert: Auch heute gibt es noch viele Arbeitsverhältnisse, deren Einkommen wie damals bei den Arbeitern dieser Fabrik kaum zum Leben reichen. Ich denke etwa an den Verkauf, die Reinigungsbranche oder auch an Temporärstellen.

Wieviele solcher «Working Poors» es in der Schweiz gibt ist umstritten, die Zahlen differieren. Aber selbst bei einer vorsichtigen Schätzung dürften es noch immer mehr als 150'000 Personen sein. Das ist eine Stadt so gross wie Winterthur und Uster zusammen. Und total leben 380'000 Personen in der Schweiz unter der Armutsgrenze. Sie zahlen den ständigen Preis für die ständige Renditemaximierung der Wirtschaft, sie zahlen den Preis für die Umverteilungspolitik, die in der Schweiz betrieben wird: die Umverteilung nämlich von unten nach oben.

Und wenn es nach dem Willen der bürgerlichen Politikerinnen und Politiker geht, soll diese Umverteilung von unten nach oben munter weitergehen. Ich nehme nur ein aktuelles Beispiel: Nämlich die kommende kantonale Abstimmung. Am 15. Mai kommen sieben Vorlagen zu Abstimmung von den zwei in ihrer Kombination, eine zutiefst ungerechte und zynische Politik erkennen lassen, der wir heute und auch in Zukunft in aller Entschiedenheit entgetreten müssen.

Zum einen wollen die bürgerlichen Parteien endlich ihr langgehegtes Ziel durchsetzen, die Abschaffung der obersten Steuerstufe zugunsten der Superreichen. Diese haben in den letzten 15 Jahren bereits von Steuergeschenken in der Höhe von rund einer Milliarde Franken profitiert, jetzt sollen nochmals 120 Millionen draufgelegt werden. Der Kanton Zürich falle eben beim Werben um die Superreichen immer weiter zurück, so lautet die ewiggleiche Argumentationsleier und die Finanzdirektorin präsentierte dazu kürzlich auch Zahlen: Die Zahl der Personen mit einem Vermögen von mehr als 10 Millionen Franken sei zwischen 2003 und 2007 im Kanton Zürich nur um 37 Prozent gestiegen, andere Kantone hätten dagegen Zuwachsraten über 100 Prozent.

Liebe Freundinnen und Freunde, auch wenn man ja mit Statistiken alles und auch das Gegenteil beweisen kann, das ist eine Zahlverdreherei der gröberen Sorte! Denn die absoluten Zahlen, die die Finanzdirektorin – wenn wunderts – erst auf Nachfrage rausrückte, zeigen ein ganz anderes Bild: Fast ein Viertel der schweizweiten Zunahme von Zehnfachmillionären entfiel nämlich auf den Kanton Zürich. Allein die Zunahme im Kanton Zürich ist im untersuchten Zeitraum fast genauso so gross, wie das Total der Superreichen im Kanton Genf, und der liegt notabene hinter dem Kanton Zürich auf Platz 2 was die Zahl der Superreichen betrifft. Mit anderen Worten: Es wohnen nicht nur nirgendwo in der Schweiz soviel Superreiche wie im Kanton Zürich, es gibt auch keinen anderen Kanton, der soviel Superreiche neu dazugewinnt wie der Kanton Zürich! Nein, liebe Kolleginnen und Kollegenn, die Fakten sind klar: Dieser Kanton hat kein Standortproblem bei den Superreichen und es gibt keinen Grund, wirklich keinen Grund, ihnen ein weiteres Stürgeschenk zu kommen zu lassen.

Zumal – und hier wird es dann eben menschenverachtend und zynisch – zumal am gleichen Abstimmungssonntag die bürgerlichen Parteien im Gegenzug eine Kürzung der Krankenkassenverbilligungsgelder von 42 Millionen durchbringen wollen. Der Kanton Zürich müsse eben sparen, da müssten eben alle einen Beitrag leisten. Nun ja, nicht ganz alle, betroffen wären in diesem Fall ja dann nicht die Superreichen,

sondern untere und mittlere Einkommen, darunter vor allem auch Familien, bei denen steigenden Mieten und steigende Krankenkassenprämien einen immer höheren Anteil am Haushaltbudget ausmachen.

Mit anderen Worten: Am 15. Mai wollen die bürgerlichen Parteien einerseits die höchsten Einkommen und die grössten Vermögen steuerlich entlasten und im Gegenzug die Gelder für die Krankenkassenprämienverbiligung kürzen. Einmal mehr also eine Entlastung oben, einmal mehr eine Belastung beim Mittelstand und die Familien. Das ist zynische Klientelpolitik, liebe Genossinnen und Genossen, das ist bürgerliche Umverteilungspolitik in diesem Kanton, Umverteilung von unten und aus der Mitte nach oben nämlich – und dieser Politik wollen und müssen wir entgegentreten. Es kann nicht sein, dass in unserem Kanton, die Reichsten immer noch reicher werden, die ärmsten immer noch ärmer. Schon heute besitzen die drei reichsten Zürcher gleichviel wie die 412'000 ärmsten Zürcher. Das spottet jeder Gerechtigkeit, das ist nicht hinnehmbar, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Wir brauchen in diesem Kanton eine Politik, die wieder auf Gemeinsinn statt auf Egoismen setzt. Wir brauchen in diesem Land eine Politik, die das Wohl vieler über das Wohl von ein paar wenigen stellt. Und wir brauchen weltweit eine Politik für alle statt für wenige.

Und deshalb führen wir, als Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter, als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, den Kampf weiter, der auch bereits am 1. Mai 1886 in Chicago geführt wurde: für die Stärkung der Rechte und die Teilhabe der arbeitenden Bevölkerung am Gemeinwohl, für die Beschneidung der Privilegien von ein paar Wenigen. Wir kämpfen mit anderen Mitteln als unsere Kameradinnen und Kameraden vor 125 Jahren auf dem Haymarket. Doch der Kampf von damals ist auch heute noch unser Kampf. Und er wird in Zukunft unser Kampf bleiben!

In diesem Sinne: Auf unseren Feiertag, auf den 1. Mai!

Herzlichen Dank!

*Es gilt das gesprochene Wort.*